
1988**Ausgegeben zu Bonn am 10. Juni 1988****Nr. 22**

Tag	Inhalt	Seite
6. 6. 88	Gesetz zu dem Übereinkommen vom 10. April 1984 über den Beitritt der Republik Griechenland zu dem am 19. Juni 1980 in Rom zur Unterzeichnung aufgelegten Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht	562
3. 5. 88	Bekanntmachung zu der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes	565
4. 5. 88	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zusatzprotokolls vom 20. März 1952 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten	566
6. 5. 88	Bekanntmachung des deutsch-zentralafrikanischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit ...	568
9. 5. 88	Bekanntmachung des deutsch-indischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	570
9. 5. 88	Bekanntmachung des deutsch-kenianischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	572
16. 5. 88	Bekanntmachung von Änderungen des Übereinkommens zur Errichtung der Interamerikanischen Entwicklungsbank	574
16. 5. 88	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Errichtung der Weltorganisation für geistiges Eigentum	583
25. 5. 88	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-dänischen Abkommens über die Wehrpflicht deutsch-dänischer Doppelstaater	584

Die fremdsprachigen Fassungen des Übereinkommens vom 10. April 1984 über den Beitritt der Republik Griechenland zu dem am 19. Juni 1980 in Rom zur Unterzeichnung aufgelegten Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht sind im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 146 vom 31. Mai 1984 veröffentlicht worden.

Gesetz
zu dem Übereinkommen vom 10. April 1984
über den Beitritt der Republik Griechenland
zu dem am 19. Juni 1980 in Rom
zur Unterzeichnung aufgelegten Übereinkommen
über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht

Vom 6. Juni 1988

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Luxemburg am 10. April 1984 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Übereinkommen über den Beitritt der Republik Griechenland zu dem am 19. Juni 1980 in Rom zur Unterzeichnung aufgelegten Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (BGBl. 1986 II S. 809) wird zugestimmt. Das Übereinkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 4 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 6. Juni 1988

Der Bundespräsident
Weizsäcker

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister der Justiz
Engelhard

Der Bundesminister des Auswärtigen
Genscher

**Übereinkommen
über den Beitritt der Republik Griechenland
zu dem am 19. Juni 1980 in Rom zur Unterzeichnung aufgelegten Übereinkommen
über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht**

Die Hohen Vertragsparteien des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft –

in der Erwägung, daß die Republik Griechenland mit ihrem Beitritt zur Gemeinschaft die Verpflichtung eingegangen ist, dem am 19. Juni 1980 in Rom zur Unterzeichnung aufgelegten Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht beizutreten –

haben beschlossen, dieses Übereinkommen zu schließen, und haben zu diesem Zweck zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Seine Majestät der König der Belgier:
Paul De Keersmaeker,
Staatssekretär für europäische Angelegenheiten
und Landwirtschaft,
Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Beziehungen

Ihre Majestät die Königin von Dänemark:
Uffe Ellemann-Jensen,
Minister für auswärtige Angelegenheiten Dänemarks

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland:
Hans Werner Lautenschlager,
Staatssekretär des Auswärtigen Amtes
der Bundesrepublik Deutschland

Der Präsident der Republik Griechenland:
Theodoros Pangalos,
Staatssekretär im Auswärtigen Amt der Republik Griechenland

Der Präsident der Französischen Republik:
Roland Dumas,
Minister für Europafragen der Französischen Republik

Der Präsident Irlands:
Peter Barry,
Minister für auswärtige Angelegenheiten Irlands

Der Präsident der Italienischen Republik:
Giulio Andreotti,
Minister für auswärtige Angelegenheiten
der Italienischen Republik

Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Luxemburg:
Colette Flesch,
Minister für auswärtige Angelegenheiten
der Regierung des Großherzogtums Luxemburg

Ihre Majestät die Königin der Niederlande:
W. F. van Eekelen,
Staatssekretär im Auswärtigen Amt der Niederlande

H. J. Ch. Rutten,
Außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter,
Ständiger Vertreter der Niederlande

Ihre Majestät die Königin des Vereinigten Königreichs
Großbritannien und Nordirland:
The Right Honourable Sir Geoffrey Howe Q. C., M. P.,
Staatssekretär für Auswärtiges und Commonwealth

Diese im Rat vereinigten Bevollmächtigten sind nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten

wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Republik Griechenland tritt dem am 19. Juni 1980 in Rom zur Unterzeichnung aufgelegten Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht bei.

Artikel 2

Der Generalsekretär des Rates der Europäischen Gemeinschaften übermittelt der Regierung der Republik Griechenland je eine beglaubigte Abschrift des Übereinkommens über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht in dänischer, deutscher, englischer, französischer, irischer, italienischer und niederländischer Sprache.

Der griechische Wortlaut des Übereinkommens über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht ist dem vorliegenden Übereinkommen beigelegt. Der griechische Wortlaut ist gleichermaßen verbindlich wie die anderen Fassungen des Übereinkommens über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht.

Artikel 3

Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifizierung durch die Unterzeichnerstaaten. Die Ratifikationsurkunden werden beim Generalsekretär des Rates der Europäischen Gemeinschaften hinterlegt.

Artikel 4

Dieses Übereinkommen tritt für die Staaten, die es ratifiziert haben, am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf die Hinterlegung der letzten Ratifikationsurkunde durch die Republik Griechenland und sieben Staaten folgt, die das Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht ratifiziert haben.

Für jeden Vertragsstaat, der das Übereinkommen später ratifiziert, tritt es am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, welcher der Hinterlegung seiner Ratifikationsurkunde folgt.

Artikel 5

Der Generalsekretär des Rates der Europäischen Gemeinschaften notifiziert den Unterzeichnerstaaten

- a) die Hinterlegung jeder Ratifikationsurkunde;
- b) die Tage, an denen dieses Übereinkommen für die Vertragsstaaten in Kraft tritt.

Artikel 6

Dieses Übereinkommen ist in einer Urschrift in dänischer, deutscher, englischer, französischer, griechischer, irischer, italienischer und niederländischer Sprache abgefaßt, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist; es wird im Archiv des Generalsekretariats des Rates der Europäischen Gemeinschaften hinterlegt. Der Generalsekretär übermittelt der Regierung jedes Unterzeichnerstaats eine beglaubigte Abschrift.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten unterzeichneten Bevollmächtigten ihre Unterschriften unter dieses Übereinkommen gesetzt.

Geschehen zu Luxemburg am zehnten April neunzehnhundertvierundachtzig.

**Bekanntmachung
zu der Konvention
über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes
Vom 3. Mai 1988**

Unter Bezugnahme auf den bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde vom Demokratischen Jemen gemachten Vorbehalt (vgl. die Bekanntmachung vom 5. November 1987/BGBl. II S. 785) zu der Konvention vom 9. Dezember 1948 über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes (BGBl. 1954 II S. 729) hat das Vereinigte Königreich am 30. Dezember 1987 dem Generalsekretär der Vereinten Nationen folgendes notifiziert:

(Übersetzung)

"The Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland have consistently stated that they are unable to accept reservations in respect of Article IX of the said Convention; in their view this is not the kind of reservation which intending parties to the Convention have the right to make.

Accordingly the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland do not accept the reservation entered by the People's Democratic Republic of Yemen against Article IX of the Convention."

„Die Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland hat stets erklärt, daß sie Vorbehalte zu Artikel IX der genannten Konvention nicht anerkennen kann; nach ihrer Auffassung handelt es sich hierbei nicht um die Art von Vorbehalten, die künftige Vertragsparteien der Konvention anzubringen berechtigt sind.

Daher nimmt die Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland den Vorbehalt der Demokratischen Volksrepublik Jemen zu Artikel IX der Konvention nicht an."

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 5. November 1987 (BGBl. II S. 785).

Bonn, den 3. Mai 1988

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterheld

Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Zusatzprotokolls vom 20. März 1952
zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten
Vom 4. Mai 1988

Zu dem Zusatzprotokoll vom 20. März 1952 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (BGBl. 1956 II S. 1879) hat das Vereinigte Königreich mit Schreiben vom 22. Februar 1988, das dem Generalsekretär des Europarats am 25. Februar 1988 zugeht, folgende Erklärung notifiziert:

(Übersetzung)

"In accordance with Article 4 of the said Protocol I hereby declare, on behalf of the Government of the United Kingdom, that the Protocol shall apply to:

The Bailiwick of Guernsey
 The Bailiwick of Jersey
 Anguilla
 British Virgin Islands
 Cayman Islands
 Gibraltar
 Montserrat
 St. Helena
 St. Helena Dependencies
 Turks and Caicos Islands,

being territories for whose international relations the Government of the United Kingdom are responsible, subject to the following reservations:

1. In view of certain provisions of the Education (Guernsey) Laws and of the Education Ordinance of Gibraltar, the principle affirmed in the second sentence of Article 2 is accepted by the United Kingdom only so far as it is compatible with the provision of efficient instruction and training, and the avoidance of unreasonable public expenditure in Guernsey and Gibraltar.
2. The principle affirmed in the second sentence of Article 2 is accepted by the United Kingdom only insofar as it does not affect the application of the following legal provisions:
 - (i) the common law of Anguilla which permits the imposition by teachers of moderate and reasonable corporal punishment;
 - (ii) section 26 of the Education Act 1977 of the British Virgin Islands (which permits the administration of corporal punishment to a pupil where no other punishment is considered suitable or effective and only by the principal or any teacher appointed by the principal for that purpose);

„Nach Artikel 4 des genannten Protokolls erkläre ich hiermit im Namen der Regierung des Vereinigten Königreichs, daß das Protokoll auf die Gebiete

die Vogtei Guernsey
 die Vogtei Jersey
 Anguilla
 Britische Jungferninseln
 Kaimaninseln
 Gibraltar
 Montserrat
 St. Helena
 Nebengebiete von St. Helena
 Turks- und Caicosinseln,

für deren internationale Beziehungen die Regierung des Vereinigten Königreichs verantwortlich ist, mit folgenden Vorbehalten Anwendung findet:

1. Im Hinblick auf gewisse Bestimmungen der Gesetze über das Erziehungswesen (Guernsey) und der Verordnung über das Erziehungswesen von Gibraltar kann der in Artikel 2 Satz 2 aufgestellte Grundsatz von dem Vereinigten Königreich nur insoweit angenommen werden, als er mit der Bereitstellung eines wirksamen Unterrichts und einer wirksamen Ausbildung vereinbar ist und keine übermäßigen öffentlichen Ausgaben in Guernsey und Gibraltar nach sich zieht.
2. Der in Artikel 2 Satz 2 aufgestellte Grundsatz kann von dem Vereinigten Königreich nur insoweit angenommen werden, als er die Anwendung folgender Rechtsvorschriften nicht berührt:
 - i) das gemeine Recht von Anguilla, das eine milde und angemessene körperliche Züchtigung durch den Lehrer zuläßt;
 - ii) § 26 des Gesetzes von 1977 über das Erziehungswesen der Britischen Jungferninseln (der die körperliche Züchtigung eines Schülers nur in Fällen, in denen eine andere Strafe nicht als geeignet oder wirksam angesehen wird, und nur durch den Schulleiter oder einen vom Schulleiter für diesen Zweck bestimmten Lehrer zuläßt);

- (iii) section 30 of the Education Law 1983 of the Cayman Islands (which permits the administration of corporal punishment to a pupil only where no other punishment is considered suitable or effective and only by the principal or any teacher appointed in writing by him for that purpose);

(iv) the common law of Montserrat which permits the imposition by teachers of moderate and reasonable corporal punishment;

(v) the law of St. Helena, which permits the administration by teachers of reasonable corporal punishment; and section 6 of the Children and Young Persons Ordinance 1965 of St. Helena (which states that the right of a teacher to administer such punishment is not affected by the provisions of that section which relate to the offence of cruelty to children);

(vi) the law of St. Helena Dependencies, which permits the administration by teachers of reasonable corporal punishment; and section 6 of the Children and Young Persons Ordinance 1965 of St. Helena (which states that the right of a teacher to administer such punishment is not affected by the provisions of that section which relate to the offence of cruelty to children);

(vii) the common law of the Turks and Caicos Islands which permits the administration by teachers of reasonable corporal punishment; and section 5 of the Juveniles Ordinance (Chapter 28) of the Turks and Caicos Islands (which states that the right of a teacher to administer such punishment is not affected by the provisions of that section which relate to the offence of cruelty to juveniles).“
- iii) § 30 des Gesetzes von 1983 über das Erziehungswesen der Kaimaninseln (der die körperliche Züchtigung eines Schülers nur in Fällen, in denen eine andere Strafe nicht als geeignet oder wirksam angesehen wird, und nur durch den Schulleiter oder einen von diesem für diesen Zweck schriftlich bestimmten Lehrer zuläßt);

iv) das gemeine Recht von Montserrat, das eine milde und angemessene körperliche Züchtigung durch den Lehrer zuläßt;

v) das Recht von St. Helena, das eine angemessene körperliche Züchtigung durch den Lehrer zuläßt, und § 6 der Verordnung von 1965 von St. Helena über Kinder und Jugendliche (der bestimmt, daß das Recht eines Lehrers, eine solche Züchtigung vorzunehmen, durch die Bestimmungen jenes Paragraphen, die sich auf die Straftat der Grausamkeit gegenüber Kindern beziehen, nicht berührt wird);

vi) das Recht der Nebengebiete von St. Helena, das eine angemessene körperliche Züchtigung durch den Lehrer zuläßt, und § 6 der Verordnung von 1965 von St. Helena über Kinder und Jugendliche (der bestimmt, daß das Recht eines Lehrers, eine solche Züchtigung vorzunehmen, durch die Bestimmungen jenes Paragraphen, die sich auf die Straftat der Grausamkeit gegenüber Kindern beziehen, nicht berührt wird);

vii) das gemeine Recht der Turks- und Caicosinseln, das eine angemessene körperliche Züchtigung durch den Lehrer zuläßt, und § 5 der Verordnung (Kapitel 28) der Turks- und Caicosinseln über Jugendliche (der bestimmt, daß das Recht eines Lehrers, eine solche Züchtigung vorzunehmen, durch die Bestimmungen jenes Paragraphen, die sich auf die Straftat der Grausamkeit gegenüber Jugendlichen beziehen, nicht berührt wird).“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 13. April 1957 (BGBl. II S. 226), vom 4. September 1979 (BGBl. II S. 1040) und vom 1. März 1985 (BGBl. II S. 573).

Bonn, den 4. Mai 1988

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterheld

**Bekanntmachung
des deutsch-zentralafrikanischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 6. Mai 1988

Das in Bangui am 19. August 1986 unterzeichnete
Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik
Deutschland und der Regierung der Zentralafrikanischen
Republik über Finanzielle Zusammenarbeit ist nach sei-
nem Artikel 8

am 19. August 1986

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 6. Mai 1988

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Zahn

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Zentralafrikanischen Republik
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und

die Regierung der Zentralafrikanischen Republik –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Zentralafrika-
nischen Republik,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch
partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu
vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen
die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in
der Zentralafrikanischen Republik beizutragen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht
es der Regierung der Zentralafrikanischen Republik, von der
Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, Finanzie-
rungsbeiträge bis zu insgesamt 18 000 000,- DM (in Worten:
achtzehn Millionen Deutsche Mark) zu erhalten, und zwar:

- a) bis zu 14 000 000,- DM (in Worten: vierzehn Millionen Deut-
sche Mark) für das Vorhaben „Ausbau von Regionalstraßen in
Ouham-Pendé“;
- b) bis zu 4 000 000,- DM (in Worten: vier Millionen Deutsche
Mark) zur Finanzierung der Devisenkosten für den Bezug von
Waren und Leistungen zur Deckung des laufenden notwendi-
gen zivilen Bedarfs und der im Zusammenhang mit der finan-
zierten Wareneinfuhr anfallenden Devisen- und Inlandskosten

für Transport, Versicherung und Montage. Es muß sich hierbei
um Lieferungen und Leistungen gemäß der diesem Abkom-
men als Anlage beigefügten Liste handeln, für die die Liefer-
verträge beziehungsweise Leistungsverträge nach dem
17. März 1986 abgeschlossen worden sind.

(2) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der
Regierung der Zentralafrikanischen Republik zu einem späteren
Zeitpunkt ermöglicht, weitere Finanzierungsbeiträge zur Vorberei-
tung oder für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung
und Betreuung des Vorhabens "Ausbau von Regionalstraßen in
Ouham-Pendé" von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt
am Main, zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

Artikel 2

Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge sowie die
Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden,
bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und
dem Empfänger der Finanzierungsbeiträge zu schließenden Ver-
träge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden
Rechtsvorschriften unterliegen.

Artikel 3

Die Regierung der Zentralafrikanischen Republik stellt die Kre-
ditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen
öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluß
und Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in der
Zentralafrikanischen Republik erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Zentralafrikanischen Republik überläßt bei
den sich aus der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden
Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftver-
kehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Ver-

verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in dem deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Lieferungen und Leistungen für Vorhaben, die aus den Finanzierungsbeiträgen finanziert werden, sind international öffentlich auszuschreiben, soweit nicht im Einzelfall etwas Abweichendes festgelegt wird.

Artikel 6

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Gewährung der

Finanzierungsbeiträge ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes Berlin bevorzugt genutzt werden.

Artikel 7

Mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 4 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt dieses Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Zentralafrikanischen Republik innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 8

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Bangui am 19. August 1986 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Udo Wehner

Für die Regierung der Zentralafrikanischen Republik
Dr. Guy Darlan

Anlage zum Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Zentralafrikanischen Republik über Finanzielle Zusammenarbeit

1. Liste der Waren und Leistungen, die gemäß Artikel 1, Absatz 1, Buchstabe b des Regierungsabkommens vom 19. August 1986 aus dem Finanzierungsbeitrag finanziert werden können:
 - a) Industrielle Roh- und Hilfsstoffe sowie Halbfabrikate,
 - b) industrielle Ausrüstungen sowie landwirtschaftliche Maschinen und Geräte,
 - c) Ersatz- und Zubehörteile aller Art,
 - d) Erzeugnisse der chemischen Industrie, insbesondere Düngemittel, Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel, Arzneimittel,
 - e) sonstige gewerbliche Erzeugnisse, die für die Entwicklung der Zentralafrikanischen Republik von Bedeutung sind,
 - f) Beratungsleistungen, Patente und Lizenzgebühren.
2. Einfuhrgüter, die in dieser Liste nicht enthalten sind, können nur finanziert werden, wenn die vorherige Zustimmung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland dafür vorliegt.
3. Die Einfuhr von Luxusgütern und von Verbrauchsgütern für den privaten Bedarf sowie von Gütern und Anlagen, die militärischen Zwecken dienen, ist von der Finanzierung aus dem Finanzierungsbeitrag ausgeschlossen.

**Bekanntmachung
des deutsch-indischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 9. Mai 1988

Das in Neu Delhi am 21. März 1988 unterzeichnete
Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik
Deutschland und der Regierung der Republik Indien über
Finanzielle Zusammenarbeit ist nach seinem Artikel 8

am 21. März 1988

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 9. Mai 1988

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Zahn

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Indien
über Finanzielle Zusammenarbeit**

**Agreement
between the Government of the Federal Republic of Germany
and the Government of the Republic of India
concerning Financial Co-operation**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Indien –

The Government of the Federal Republic of Germany
and
the Government of the Republic of India,

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik
Indien,

in the spirit of the friendly relations existing between the Federal
Republic of Germany and the Republic of India,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch
partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu
vertiefen,

desiring to strengthen and intensify those friendly relations
through financial co-operation in a spirit of partnership,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen
Grundlage dieses Abkommens ist,

aware that the maintenance of those relations constitutes the
basis of this Agreement,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in
Indien beizutragen,

intending to contribute to social and economic development in
the Republic of India,

unter Bezugnahme auf das Schreiben der Botschaft der Bun-
desrepublik Deutschland in New Delhi vom 15. Dezember 1987
und auf das Antwortschreiben der Regierung der Republik Indien
(Ministry of Finance, Department of Economic Affairs) vom
17. Dezember 1987, –

with reference to the letter of 15 December 1987 from the
Embassy of the Federal Republic of Germany in New Delhi and
the letter of 17 December 1987 in reply thereto from the Govern-
ment of the Republic of India (Ministry of Finance, Department of
Economic Affairs),

sind wie folgt übereingekommen:

have agreed as follows:

Artikel 1

Article 1

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es
der Regierung der Republik Indien oder anderen von beiden

The Government of the Federal Republic of Germany shall
enable the Government of the Republic of India or other recipients

Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, für die in Artikel 2 genannten Vorhaben, vorbehaltlich des Vorliegens der erforderlichen haushaltsrechtlichen Voraussetzungen, Darlehen bis zu 74 500 000,- DM (in Worten: vierundsiebzig Millionen fünfhunderttausend Deutsche Mark) zu erhalten.

Artikel 2

(1) Darlehen nach Artikel 1 werden nach Maßgabe der Absätze 2 und 3 dieses Artikels verwendet.

(2) Ein Darlehen bis zu 24 500 000,- DM (in Worten: vierundzwanzig Millionen fünfhunderttausend Deutsche Mark) wird für die Finanzierung von Kapitalanlagegütern bereitgestellt, die dem zivilen Bedarf Indiens dienen und deren Auftragswert im Einzelfall 7 000 000,- DM (in Worten: sieben Millionen Deutsche Mark) nicht übersteigt. In Ausnahmefällen können auch Lieferwerte bis zu einer Höhe von 10 000 000,- DM (in Worten: zehn Millionen Deutsche Mark) in dieses Verfahren einbezogen werden. Aufträge mit einem Wert von über 2 000 000,- DM (in Worten: zwei Millionen Deutsche Mark) bedürfen der vorherigen Zustimmung der Kreditanstalt für Wiederaufbau. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland geht davon aus, daß die Regierung der Republik Indien die aus dem Verkauf der dargeliehenen Deutschen Mark anfallenden Rupiengegenwerte für Entwicklungsvorhaben verwendet.

(3) Darlehen bis zu insgesamt 50 000 000,- DM (in Worten: fünfzig Millionen Deutsche Mark) werden zur Förderung von Investitionsvorhaben mittlerer privater Unternehmen der verarbeitenden Industrie indischen Finanzierungsinstitutionen zur Verfügung gestellt, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit festgestellt ist.

Hiervon erhalten:

- a) die Industrial Credit and Investment Corporation of India (ICICI) bis zu 25 000 000,- DM (in Worten: fünfundzwanzig Millionen Deutsche Mark) und
- b) die Industrial Finance Corporation of India (IFCI) bis zu 25 000 000,- DM (in Worten: fünfundzwanzig Millionen Deutsche Mark).

(4) Die in Absatz 3 bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Indien durch andere Vorhaben ersetzt werden.

Artikel 3

(1) Die Verwendung des in Artikel 1 genannten Betrags und die Bedingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und den Empfängern des Darlehens zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

(2) Die Regierung der Republik Indien, soweit sie nicht selbst Darlehensnehmerin ist, wird gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau alle Zahlungen in Deutscher Mark in Erfüllung von Verbindlichkeiten der Darlehensnehmer aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Verträge garantieren.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Indien stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluß und Durchführung der in Artikel 3 erwähnten Verträge in Indien erhoben werden.

Artikel 5

Die beiden Regierungen überlassen bei den sich aus der Gewährung der Darlehen ergebenden Transporten von Personen

to be determined jointly by the two Governments to obtain from the Kreditanstalt für Wiederaufbau (Development Loan Corporation), Frankfurt/Main, subject to the fulfilment of the applicable budgetary requirements, loans up to a total of DM 74,500,000 (seventy-four million five hundred thousand Deutsche Mark) for the projects referred to in Article 2 of this Agreement.

Article 2

(1) The loans referred to in Article 1 of this Agreement shall be utilized in accordance with the provisions of paragraphs 2 and 3 below.

(2) A loan of up to DM 24,500,000 (twenty-four million five hundred thousand Deutsche Mark) shall be made available to finance capital goods to meet India's civilian requirements whose order value in individual cases does not exceed DM 7,000,000 (seven million Deutsche Mark). In exceptional cases, supplies worth up to DM 10,000,000 (ten million Deutsche Mark) may be included in this procedure. Orders worth over DM 2,000,000 (two million Deutsche Mark) shall be subject to the prior approval of the Kreditanstalt für Wiederaufbau. The Government of the Federal Republic of Germany proceeds on the understanding that the Government of the Republic of India will utilize the counterpart rupee funds accruing from the sale of the Deutsche Mark so loaned for development projects.

(3) Loans up to a total of DM 50,000,000 (fifty million Deutsche Mark) shall be made available to Indian financing institutions for the purpose of promoting investment projects of medium-sized private enterprises of the processing industry if, after examination, the projects have been found eligible for promotion.

Of this amount,

- (a) the Industrial Credit and Investment Corporation of India (ICICI) shall receive up to DM 25,000,000 (twenty-five million Deutsche Mark) and
- (b) the Industrial Finance Corporation of India (IFCI) shall receive up to DM 25,000,000 (twenty-five million Deutsche Mark).

(4) The projects referred to in paragraph 3 above may be replaced by other projects if the Government of the Republic of India and the Government of the Federal Republic of Germany so agree.

Article 3

(1) The utilization of the amount referred to in Article 1 of this Agreement as well as the terms and conditions on which it is made available shall be governed by the provisions of the agreements to be concluded between the recipients of the loans and the Kreditanstalt für Wiederaufbau, which agreements shall be subject to the laws and regulations applicable in the Federal Republic of Germany.

(2) The Government of the Republic of India, insofar as it is not itself the borrower, shall guarantee to the Kreditanstalt für Wiederaufbau all payments in Deutsche Mark to be made in fulfilment of the borrowers' liabilities under the agreements to be concluded pursuant to paragraph 1 above.

Article 4

The Government of the Republic of India shall exempt the Kreditanstalt für Wiederaufbau from all taxes and other public charges levied in India in connection with the conclusion and implementation of the agreements referred to in Article 3 of the present Agreement.

Article 5

Both Governments shall allow passengers and suppliers free choice of transport enterprises for such transportation by sea or

und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, treffen keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz im Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren, und erteilen gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 6

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Gewährung der Darlehen ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes Berlin bevorzugt genutzt werden.

Artikel 7

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Indien innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 8

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu New Delhi am 21. März 1988 in zwei Urschriften, jede in deutscher, Hindi und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des Hindi Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

air of persons and goods as results from the granting of the loans, abstain from taking any measures that might exclude or impair the participation on equal terms of transport enterprises having their place of business in the area of application of this Agreement, and grant any necessary permits for the participation of such enterprises.

Article 6

With regard to supplies and services resulting from the granting of the loans, the Government of the Federal Republic of Germany attaches particular importance to preferential use being made of the economic potential of Land Berlin.

Article 7

This Agreement shall also apply to Land Berlin, provided that the Government of the Federal Republic of Germany does not make a contrary declaration to the Government of the Republic of India within three months of the date of entry into force of this Agreement.

Article 8

This Agreement shall enter into force on the date of signature thereof.

Done at New Delhi on 21 March 1988 in duplicate in the German, Hindi and English languages, all three texts being authentic. In case of divergent interpretations of the German and Hindi texts, the English text shall prevail.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
For the Government of the Federal Republic of Germany
Konrad Seitz

Für die Regierung der Republik Indien
For the Government of the Republic of India
S. Venkitaramanan

Bekanntmachung des deutsch-kenianischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit

Vom 9. Mai 1988

In Nairobi ist am 8. April 1988 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Kenia über Finanzielle Zusammenarbeit unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 7

am 8. April 1988

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 9. Mai 1988

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Zahn

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Kenia über Finanzielle Zusammenarbeit

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Kenia –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik
Kenia,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch
partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu
vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen
die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in
der Republik Kenia beizutragen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht
es der Regierung der Republik Kenia, von der Kreditanstalt für
Wiederaufbau, Frankfurt am Main, zur Finanzierung der Devi-
senkosten für den Bezug von Waren und Leistungen zur Deckung
des laufenden notwendigen zivilen Bedarfs und der im Zusammen-
hang mit der finanzierten Wareneinfuhr anfallenden Inlands-
kosten für Transport, Versicherung und Montage ein Darlehen bis
zu insgesamt 6 084 953,22 DM (in Worten: sechs Millionen vier-
undachtzigtausendneuhundertdreißig Deutsche Mark und 22 Pfennige), zu erhalten (Warenhilfe XIII). Es muß sich dabei
um Lieferungen und Leistungen gemäß der diesem Abkommen
als Anlage beigefügten Liste handeln, für die Liefer- bzw. Lei-
stungsverträge nach dem 1. November 1987 abgeschlossen wor-
den sind.

(2) Ferner ermöglicht es die Regierung der Bundesrepublik
Deutschland der Regierung der Republik Kenia, von der Kreditan-
stalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, als Begleitmaßnahme
für die Durchführung und Betreuung des Vorhabens „Lokomotiv-
instandsetzung“ einen Finanzierungsbeitrag bis zu
1 000 000,- DM (in Worten: eine Million Deutsche Mark) zu erhal-
ten.

(3) Die in den Absätzen 1 und 2 bezeichneten Vorhaben
können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesre-
publik Deutschland und der Regierung der Republik Kenia durch
andere Vorhaben ersetzt werden. Finanzierungsbeiträge für
Begleitmaßnahmen gemäß Absatz 2 werden in Darlehen umge-
wandelt, wenn sie nicht für solche Maßnahmen verwendet wer-
den.

(4) Zur Finanzierung der in den Absätzen 1 und 2 genannten
Vorhaben wird der beim Darlehen an das „Siedlungsvorhaben
Küste, Phase II“ (Regierungsabkommen vom 12. November
1981) nicht benötigte Betrag von 7 084 953,22 DM (in Worten:
sieben Millionen vierundachtzigtausendneuhundertdreißig
Deutsche Mark und 22 Pfennige) eingesetzt.

Artikel 2

Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die Bedin-
gungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das
Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der Kre-
ditanstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger des Darlehens
und des Finanzierungsbeitrags zu schließenden Verträge, die den
in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften
unterliegen.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Kenia stellt die Kreditanstalt für
Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen
Abgaben frei, die im Zusammenhang mit dem Abschluß und der
Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in der Republik
Kenia erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Kenia überläßt bei den sich aus der
Darlehensgewährung und der Gewährung des Finanzierungsbei-
trags ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-
und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl
der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die
Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz im deutschen Gel-
tungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren,
und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Ver-
kehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonde-
ren Wert darauf, daß bei den sich aus der Darlehensgewährung
und der Gewährung des Finanzierungsbeitrags ergebenden Lie-
ferungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes Berlin
bevorzugt genutzt werden.

Artikel 6

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die
Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der
Regierung der Republik Kenia innerhalb von drei Monaten nach
Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 7

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Nairobi am 8. April 1988 in zwei Urschriften, jede
in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut glei-
chermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
W. Glosauer

Für die Regierung der Republik Kenia
C. S. Mbindyo

Anlage
zum Abkommen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Kenia
über Finanzielle Zusammenarbeit

1. Liste der Waren und Leistungen, die gemäß Artikel 1 des Regierungsabkommens vom 8. April 1988 aus dem Darlehen finanziert werden können:
 - a) industrielle Roh- und Hilfsstoffe sowie Halbfabrikate,
 - b) industrielle Ausrüstungen, Maschinen und Geräte,
 - c) Ersatz- und Zubehörteile aller Art,
 - d) Erzeugnisse der chemischen Industrie, Arzneimittel,
 - e) sonstige gewerbliche Erzeugnisse, die für die Entwicklung der Republik Kenia von Bedeutung sind,
 - f) Beratungsleistungen, Patente und Lizenzgebühren.Die Waren und Leistungen zu a) bis f) sind aus der Bundesrepublik Deutschland zu beziehen.
2. Einfuhrgüter, die in dieser Liste nicht enthalten sind, können nur finanziert werden, wenn die vorherige Zustimmung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland dafür vorliegt.
3. Die Einfuhr von Luxusgütern und von Verbrauchsgütern für den privaten Bedarf sowie von Gütern und Anlagen, die militärischen Zwecken dienen, ist von der Finanzierung aus dem Darlehen ausgeschlossen.

Bekanntmachung
von Änderungen des Übereinkommens
zur Errichtung der Interamerikanischen Entwicklungsbank

Vom 16. Mai 1988

Der Gouverneursrat der Interamerikanischen Entwicklungsbank hat am 24. Dezember 1987 mit Entschließung AG 8/87 Änderungen des Übereinkommens vom 8. April 1959 zur Errichtung der Interamerikanischen Entwicklungsbank (BGBl. 1976 II S. 37) beschlossen. Die Änderungen sind

am 31. Dezember 1987

in Kraft getreten; sie werden nachstehend veröffentlicht.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 1. Februar 1983 (BGBl. II S. 119).

Bonn, den 16. Mai 1988

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Dr. Kurth

**Interamerikanische Entwicklungsbank
Entschließung AG-8/87
Verschmelzung der interregionalen und der ordentlichen Kapitalbestände**

**Inter-American Development Bank
Resolution AG-8/87
Merger of Inter-regional and Ordinary Capital Resources**

**Banque interaméricaine de développement
Résolution AG-8/87
Fusion des ressources interrégionales de capital et
des ressources ordinaires de capital**

(Übersetzung)

Whereas the Agreement Establishing the Bank provides that the Agreement may be amended to provide for the merger of the inter-regional capital stock and the ordinary capital stock at such time as the Bank shall have discharged its liabilities on all its ordinary capital borrowings which were outstanding at December 31, 1974;

whereas it is anticipated that, as a result of the program for the advance redemption of the ordinary capital borrowings which were outstanding at December 31, 1974, approved by the Board of Executive Directors of the Bank on August 3, 1983, the liabilities on all such debt will have been discharged prior to December 31, 1986;

whereas the Board of Governors has concluded that it would be desirable to proceed with the merger of the two capitals as soon as possible; and

whereas Article XII of the Agreement Establishing the Bank provides for the process of amending the Agreement,

the Board of Governors
resolves that:

**Section 1
Merger**

The inter-regional capital resources shall be merged into the ordinary capital resources of the Bank upon the entry into force of this resolution.

**Section 2
Amendments of Agreement**

The Agreement Establishing the Bank shall be amended as follows:

L'Assemblée des Gouverneurs

considérant qu'aux termes de l'Accord constitutif de la Banque ledit Accord peut être modifié pour permettre la fusion du capital interrégional et du capital ordinaire au moment où la Banque se sera libérée de ses obligations au titre de tous les fonds qu'elle a empruntés pour être incorporés au capital ordinaire et qui n'étaient pas remboursés au 31 décembre 1974;

considérant qu'il est prévu que, grâce au programme de remboursement anticipé des fonds qu'elle a empruntés pour être incorporés au capital ordinaire et qui n'étaient pas remboursés au 31 décembre 1974, programme approuvé le 3 août 1983 par le Conseil des Directeurs Exécutifs de la Banque, la Banque se sera libérée de ses obligations au titre de cette dette avant le 31 décembre 1986;

considérant que l'Assemblée des Gouverneurs a conclu qu'il serait bon de procéder aussitôt que possible à la fusion des deux capitaux; et

considérant qu'en vertu des dispositions de l'Article XII de l'Accord constitutif de la Banque il est possible de modifier ledit Accord;

décide que

**Section 1
Fusion**

Dès l'entrée en vigueur de la présente résolution, le capital interrégional sera fusionné au capital ordinaire.

**Section 2
Modifications de l'Accord**

L'Accord constitutif de la Banque sera modifié comme suit:

Da das Übereinkommen zur Errichtung der Bank vorsieht, daß es geändert werden kann, um die Verschmelzung des interregionalen Stammkapitals und des ordentlichen Stammkapitals zu einem Zeitpunkt zu ermöglichen, zu dem die Bank ihre Verbindlichkeiten aus allen Kreditaufnahmen ihres ordentlichen Kapitals, die am 31. Dezember 1974 ausstanden, erfüllt hat;

da erwartet wird, daß infolge des vom Exekutivdirektorium der Bank am 3. August 1983 gebilligten Programms für die vorzeitige Ablösung von Kreditaufnahmen des ordentlichen Kapitals, die am 31. Dezember 1974 ausstanden, die Verbindlichkeiten aus allen diesen Schulden vor dem 31. Dezember 1986 erfüllt worden sind;

da der Gouverneursrat zu dem Schluß gekommen ist, daß es ratsam wäre, die Verschmelzung der beiden Kapitalbestände so bald wie möglich vorzunehmen;

da Artikel XII des Übereinkommens zur Errichtung der Bank das Verfahren zur Änderung des Übereinkommens festlegt,

nimmt der Gouverneursrat
folgende Entschließung an:

**Abschnitt 1
Verschmelzung**

Die interregionalen Kapitalbestände werden mit Inkrafttreten dieser Entschließung mit den ordentlichen Kapitalbeständen der Bank verschmolzen.

**Abschnitt 2
Änderungen des Übereinkommens**

Das Übereinkommen zur Errichtung der Bank wird wie folgt geändert:

1. Article II, Section 1 A, shall read:

"Section 1 A
Categories of Resources

The resources of the Bank shall consist of the ordinary capital resources, provided for in this article, and the resources of the Fund for Special Operations established by Article IV (hereinafter called the Fund)."

2. Article II, Section 2, shall be amended as follows:

(1) Section 2 (e) shall read:

"(e) Notwithstanding the provisions of paragraphs (c) and (d) of this section and subject to the provisions of Article VIII, Section 4 (b), the authorized ordinary capital stock may be increased when the Board of Governors deems it advisable and in a manner agreed upon by a three-fourths majority of the total voting power of the member countries, including a three-fourths majority of the total number of governors, which includes a two-thirds majority of the governors of regional members."

(2) Section 2 (f) shall be deleted.

3. Article II, Section 3 (a) and (b), shall read:

"(a) Each member shall subscribe to shares of the ordinary capital stock of the Bank. The number of shares to be subscribed by the original members shall be those set forth in Annex A of this Agreement, which specifies the obligation of each member as to both paid-in and callable capital. The number of shares to be subscribed by other members shall be determined by the Bank.

(b) In case of an increase in ordinary capital pursuant to Section 2, paragraph (c) or (e) of this article, each member shall have a right to subscribe, under such conditions as the Bank shall decide, to a proportion of the increase of stock equivalent to the proportion which its stock theretofore subscribed bears to the total capital stock of the Bank. No member, however, shall be obligated to subscribe to any part of such increased capital."

4. Article II, Section 3 (f), shall be deleted.

1. L'Article II, Section 1 A, se lira:

«Section 1 A
Catégories de ressources

Les ressources de la Banque seront constituées par les ressources ordinaires de capital prévues dans le présent article et par les ressources du Fonds des Opérations spéciales (ci-après dénommé le Fonds) établi à l'Article IV».

2. L'Article II, Section 2, sera modifiée comme suit:

(1) La Section 2 (e) se lira:

«(e) Nonobstant les dispositions des paragraphes (c) et (d) de la présente section, et sous réserve des dispositions de l'Article VIII, Section 4 (b), le capital ordinaire autorisé pourra être augmenté par une décision de l'Assemblée des Gouverneurs prise à la majorité des trois quarts du total des voix des pays membres comprenant la majorité des trois quarts du nombre total des Gouverneurs, dont la majorité des deux tiers des Gouverneurs des membres régionaux à la date et dans la forme que cette Assemblée jugera opportunes.»

(2) La Section 2 (f) sera supprimée.

3. L'Article II, Section 3 (a) et (b), se lira:

«(a) Chaque pays membre souscrira sa part d'actions au capital ordinaire de la Banque. Le nombre des actions à souscrire par les membres fondateurs est fixé à l'Annexe A où sont spécifiées les obligations qui incombent à chaque membre en ce qui est du capital-actions versé effectivement et du capital-actions sujet à l'appel. Le nombre des actions à souscrire par les autres membres sera fixé par la Banque.

(b) En cas d'augmentation du capital ordinaire, au titre de la Section 2 (c) ou (e) du présent article, chaque pays membre aura droit, dans les conditions que la Banque aura fixées, de souscrire à une fraction de l'augmentation égale au rapport qui existait entre les actions souscrites par lui et le capital de la Banque avant l'augmentation. Toutefois, aucun pays membre ne sera tenu de souscrire une partie quelconque de l'augmentation de capital.»

4. L'Article II, Section 3 (f), sera supprimée.

1. Artikel II Abschnitt 1 A erhält folgende Fassung:

„Abschnitt 1 A
Arten von Beständen

Die Bestände der Bank bestehen aus den ordentlichen Kapitalbeständen nach diesem Artikel und den Beständen des nach Artikel IV errichteten Fonds für Sondergeschäfte (im folgenden als „Fonds“ bezeichnet).“

2. Artikel II Abschnitt 2 wird wie folgt geändert:

(1) Abschnitt 2 Buchstabe e erhält folgende Fassung:

„e) Ungeachtet der Buchstaben c und d und vorbehaltlich des Artikels VIII Abschnitt 4 Buchstabe b kann das genehmigte ordentliche Stammkapital erhöht werden, wenn der Gouverneursrat dies für ratsam hält; die Art der Erhöhung wird mit Dreiviertelmehrheit der Gesamtstimmzahl der Mitgliedsstaaten einschließlich einer Dreiviertelmehrheit aller Gouverneure, die eine Zweidrittelmehrheit der Gouverneure der regionalen Mitglieder umfassen muß, beschlossen.“

(2) Abschnitt 2 Buchstabe f wird gestrichen.

3. Artikel II Abschnitt 3 Buchstaben a und b erhält folgende Fassung:

„a) Jedes Mitglied hat Anteile am ordentlichen Stammkapital der Bank zu zeichnen. Die Anzahl der von den Gründungsmitgliedern zu zeichnenden Anteile ist in Anlage A festgelegt, in der die Verpflichtung eines jeden Mitglieds hinsichtlich des eingezahlten und des abrufbaren Kapitals enthalten ist. Die Anzahl der von anderen Mitgliedern zu zeichnenden Anteile wird von der Bank festgelegt.

b) Bei einer Erhöhung des ordentlichen Kapitals nach Abschnitt 2 Buchstabe c oder e ist jedes Mitglied berechtigt, zu den von der Bank festgesetzten Bedingungen einen Teil des Betrags, um den das Stammkapital erhöht wird, zu zeichnen, der dem von dem betreffenden Mitglied bereits gezeichneten Teil des gesamten Stammkapitals der Bank entspricht. Die Mitglieder sind jedoch nicht verpflichtet, sich an der Zeichnung des erhöhten Kapitals zu beteiligen.“

4. Artikel II Abschnitt 3 Buchstabe f wird gestrichen.

5. Article II, Section 4 (a) (ii), shall read:

“(ii) The callable portion of the subscription for ordinary capital shares of the Bank shall be subject to call only when required to meet the obligations of the Bank created under Article III, Section 4 (ii) and (iii) on borrowings of funds for inclusion in the Bank's ordinary capital resources or guarantees chargeable to such resources. In the event of such a call, payment may be made at the option of the member either in gold, in United States dollars, in fully convertible currency of the member country, or in the currency required to discharge the obligations of the Bank for the purpose for which the call is made.

Calls on unpaid subscriptions shall be uniform in percentage on all shares.”

6. Article II A shall be deleted in its entirety.

7. Article III, Section 2 (a) and (b), shall read:

“(a) The operations of the Bank shall be divided into ordinary operations and special operations.

(b) The ordinary operations shall be those financed from the Bank's ordinary capital resources, as defined in Article II, Section 5, and shall relate exclusively to loans made, participated in, or guaranteed by the Bank which are repayable only in the respective currency or currencies in which the loans were made. Such operations shall be subject to the terms and conditions that the Bank deems advisable, consistent with the provisions of this Agreement.”

8. Article III, Section 3, shall read:

“Section 3
Basic Principle of Separation

(a) The ordinary capital resources, as defined in Article II, Section 5, and the resources of the Fund, as defined in Article IV, Section 3 (h), shall at all times and in all respects be held, used, obligated, invested, or otherwise disposed of entirely separate from each other.

5. L'Article II, Section 4 (a) (ii), se lira:

“(ii) La partie de la souscription au capital-actions ordinaire sujette à l'appel ne sera exigée que si la Banque en a besoin pour faire face à des engagements découlant de l'Article III, Section 4 (ii) et (iii), pourvu que lesdits engagements correspondent soit à des emprunts dont les fonds ont été intégrés dans les ressources ordinaires de capital de la Banque, soit à des garanties qui engagent lesdites ressources. Dans le cas d'un tel appel, le paiement sera effectué, au choix du membre, soit en or, soit en dollars des Etats-Unis d'Amérique, soit dans la monnaie pleinement convertible du pays membre, soit dans la monnaie requise pour régler les engagements de la Banque qui ont motivé l'appel.

Les appels sur les souscriptions non encore payées seront d'un pourcentage uniforme pour toutes les actions».

6. L'Article II A sera supprimé dans sa totalité.

7. L'Article III, Section 2 (a) et (b), se lira:

“(a) Les opérations de la Banque se divisent en opérations ordinaires et en opérations spéciales;

(b) Les opérations ordinaires seront financées au moyen de ressources ordinaires de capital de la Banque, définies à l'Article II, Section 5 et consisteront exclusivement en prêts effectués ou garantis par la Banque ou auxquels elle aura participé, et qui sont remboursables seulement dans la ou les monnaies dans lesquelles ils auront été concédés. Ces opérations seront sujettes aux termes et aux conditions que la Banque aura jugé convenables et qui seront compatibles avec les dispositions du présent Accord».

8. L'Article III, Section 3, se lira:

“Section 3
Principe directeur de la séparation

(a) Les ressources ordinaires du capital spécifiées à l'Article II, Section 5 et les ressources du Fonds spécifiées à l'Article IV, Section 3 (h) devront toujours être maintenues, utilisées, engagées, investies ou placées d'une manière quelconque, mais dans tous les cas d'une façon complètement indépendante les unes des autres.

5. Artikel II Abschnitt 4 Buchstabe a Ziffer ii erhält folgende Fassung:

„ii) Der abrufbare Teil der Zeichnung von Anteilen am ordentlichen Kapital der Bank wird nur abgerufen, wenn er zur Erfüllung der Verbindlichkeiten benötigt wird, welche die Bank nach Artikel III Abschnitt 4 Ziffern ii und iii durch die Aufnahme von Krediten zwecks Auffüllung ihrer ordentlichen Kapitalbestände oder durch die Übernahme von Garantien zu Lasten dieser Bestände übernommen hat. Im Fall eines Abrufs kann die Zahlung nach Wahl des Mitglieds in Gold, in US-Dollar, in voll konvertierbarer Währung des Mitgliedstaats oder in der Währung erfolgen, die zur Erfüllung der den Abruf bedingenden Verbindlichkeiten der Bank benötigt wird.

Abrufe für nicht eingezahlte Zeichnungen haben zu einem einheitlichen Hundertsatz für alle Anteile zu erfolgen.“

6. Artikel II A wird vollständig gestrichen.

7. Artikel III Abschnitt 2 Buchstaben a und b erhält folgende Fassung:

„a) Die Geschäftstätigkeit der Bank gliedert sich in ordentliche Geschäfte und Sondergeschäfte.

b) Als ordentliche Geschäfte gelten die aus den ordentlichen Kapitalbeständen der Bank im Sinne des Artikels II Abschnitt 5 finanzierten Geschäfte; sie betreffen ausschließlich Darlehen, die von der Bank gewährt oder garantiert werden oder an denen die Bank beteiligt ist und die nur in der oder den Währungen rückzahlbar sind, in denen die Darlehen gewährt wurden. Diese Geschäfte unterliegen im Einklang mit diesem Übereinkommen den Bedingungen, welche die Bank für angebracht hält.“

8. Artikel III Abschnitt 3 erhält folgende Fassung:

„Abschnitt 3
Grundprinzip der Trennung der Geschäftsbereiche

a) Die ordentlichen Kapitalbestände im Sinne des Artikels II Abschnitt 5 und die Bestände des Fonds im Sinne des Artikels IV Abschnitt 3 Buchstabe h werden jederzeit und in jeder Hinsicht völlig voneinander getrennt gehalten, verwendet, festgelegt, angelegt oder anderweitig verwertet.

- (b) The ordinary capital resources shall under no circumstances be charged with, or used to discharge, obligations, liabilities or losses arising out of operations for which the resources of the Fund were originally used or committed.
- (c) The financial statements of the Bank shall show separately the ordinary operations and the special operations, and the Bank shall establish such other administrative rules as may be necessary to ensure the effective separation of the two types of operations.
- (d) Expenses pertaining directly to ordinary operations shall be charged to the ordinary capital resources. Expenses pertaining directly to special operations shall be charged to the resources of the Fund. Other expenses shall be charged as the Bank determines."
- (b) Les ressources ordinaires de capital ne seront en aucun cas imputées ou utilisées pour couvrir les obligations, engagements ou pertes provenant des opérations pour lesquelles les ressources du Fonds avaient été à l'origine employées ou engagées.
- (c) Les états de compte de la Banque devront montrer séparément les opérations ordinaires et les opérations spéciales, et la Banque adoptera telles autres règles administratives qui auront paru nécessaires afin d'assurer la séparation effective des deux types d'opérations.
- (d) Les dépenses directement afférentes aux opérations ordinaires seront déduites des ressources ordinaires de capital. Les dépenses directement afférentes aux opérations spéciales seront payées par les ressources du Fonds. Les autres dépenses seront réglées comme la Banque l'aura déterminé."
- (b) Die ordentlichen Kapitalbestände werden unter keinen Umständen mit Verpflichtungen, Verbindlichkeiten oder Verlusten aus Geschäften, für die ursprünglich Bestände des Fonds verwendet oder bestimmt wurden, belastet oder zur Deckung derselben verwendet.
- (c) In ihren Bilanzen hat die Bank die ordentlichen Geschäfte und die Sondergeschäfte getrennt auszuweisen, und die Bank erläßt die zur Wahrung einer wirksamen Trennung der beiden Arten der Geschäftstätigkeit notwendigen Verwaltungsvorschriften.
- (d) Ausgaben, die unmittelbar mit den ordentlichen Geschäften zusammenhängen, gehen zu Lasten der ordentlichen Kapitalbestände. Ausgaben, die unmittelbar mit den Sondergeschäften zusammenhängen, gehen zu Lasten der Bestände des Fonds. Sonstige Ausgaben gehen zu Lasten desjenigen Kontos, welches die Bank bestimmt."
9. Article III, Section 4, shall be amended as follows:
- (1) In Section 4 (ii) the word "and" shall be added at the end thereof.
- (2) Section 4 (iii) and (iv) shall be deleted.
- (3) Section 4 (v) shall be redesignated Section 4 (iii) and the phrase "the inter-regional capital resources," shall be deleted therefrom.
9. L'Article III, Section 4, sera modifiée comme suit:
- (1) A la Section 4 (ii) le mot «et» sera ajouté à la fin de l'alinéa;
- (2) La Section 4 (iii) et (iv) sera supprimée;
- (3) La Section 4 (v) sera renumérotée Section 4 (iii) et la partie de phrase «des ressources interrégionales de capital» en sera supprimée.
9. Artikel III Abschnitt 4 wird wie folgt geändert:
- (1) In Abschnitt 4 Ziffer ii wird am Ende das Semikolon durch ein Komma ersetzt und das Wort „und“ angefügt.
- (2) In Abschnitt 4 werden die Ziffern iii und iv gestrichen.
- (3) Abschnitt 4 Ziffer v wird Abschnitt 4 Ziffer iii, und die Worte „der interregionalen Kapitalbestände“ werden gestrichen.
10. Article III, Section 5, shall be amended as follows:
- (1) Section 5 (b) and Section 5 (d) shall be deleted.
- (2) Section 5 (c) shall be redesignated Section 5 (b).
10. L'Article III, Section 5, sera modifiée comme suit:
- (1) Les Sections 5 (b) et 5 (d) seront supprimées;
- (2) La Section 5 (c) sera renumérotée Section 5 (b).
10. Artikel III Abschnitt 5 wird wie folgt geändert:
- (1) Abschnitt 5 Buchstabe b und Abschnitt 5 Buchstabe d werden gestrichen.
- (2) Abschnitt 5 Buchstabe c wird Abschnitt 5 Buchstabe b.
11. Article IV, Section 3 (h) (ii), shall read:
- "(ii) all funds raised by borrowing to which the commitment stipulated in Article II, Section 4 (a) (ii) is not applicable, i. e., those that are specifically chargeable to the resources of the Fund;"
11. L'Article IV, Section 3 (h) (ii), se lira:
- «(ii) tous les fonds provenant d'emprunts auxquels ne s'appliquent pas les clauses de l'Article II, Section 4 (a) (ii), et qui sont spécifiquement imputables sur les ressources du Fonds;"
11. Artikel IV Abschnitt 3 Buchstabe h Ziffer ii erhält folgende Fassung:
- „ii) alle durch Kreditaufnahme aufgebrachten Mittel, auf welche die in Artikel II Abschnitt 4 Buchstabe a Ziffer ii vorgesehene Verpflichtung keine Anwendung findet, d. h. solche Mittel, die ausdrücklich zu Lasten der Bestände des Fonds gehen;"
12. Article V, Section 1 (a), (b) and (c), shall read:
- "(a) The currency of any member held by the Bank in its ordinary capital resources or in the resources of the Fund, however acquired, may be used by the Bank and by any recipient from the Bank, without
12. L'Article V, Section 1 (a), (b) et (c), se lira:
- «(a) La monnaie de tout pays membre détenue par la Banque comme partie de ses ressources ordinaires de capital ou des ressources du Fonds, quelle que soit la manière suivant laquelle elle
12. Artikel V Abschnitt 1 Buchstaben a, b und c erhält folgende Fassung:
- „a) Die Währung eines Mitglieds, welche die Bank in ihren ordentlichen Kapitalbeständen oder in den Beständen des Fonds besitzt, gleichviel wie sie erworben wurde, kann von der Bank oder einem

restriction by the member, to make payments for goods and services produced in the territory of such member.

- (b) Members may not maintain or impose restrictions of any kind upon the use by the Bank or by any recipient from the Bank, for payments in any country, of the following:

- (i) gold and dollars received by the Bank in payment of the 50 per cent portion of each member's subscription to shares of the Bank's ordinary capital and of the 50 per cent portion of each member's quota for contribution to the Fund, pursuant to the provisions of Article II and Article IV, respectively;
- (ii) currencies of members purchased with the resources referred to in (i) of this paragraph;
- (iii) currencies obtained by borrowings, pursuant to the provisions of Article VII, Section 1 (i), for inclusion in the capital resources of the Bank;
- (iv) gold and dollars received by the Bank in payment on account of principal, interest, and other charges, of loans made from the gold and dollar funds referred to in (i) of this paragraph; currencies received in payment of principal, interest, and other charges, of loans made from currencies referred to in (ii) and (iii) of this paragraph; and currencies received in payment of commissions and fees on all guarantees made by the Bank; and
- (v) currencies, other than the member's own currency, received from the Bank pursuant to Article VII, Section 4 (d), and Article IV, Section 10, in distribution of net profits.

- (c) A member's currency held by the Bank, whether in its ordinary capi-

aura été acquise, pourra être utilisée par la Banque et par tout détenteur qui l'aura reçue de la Banque, sans aucune restriction de la part de ce membre, pour le paiement des biens et des services produits sur son territoire.

- (b) Les pays membres ne pourront maintenir ni imposer des mesures restrictives d'aucune sorte qui limitent, en vue d'effectuer des paiements dans un pays quelconque, l'usage par la Banque ou par tout détenteur qui les a reçues de la Banque des ressources suivantes:

- (i) l'or et les dollars reçus par la Banque en paiement des 50 pour cent de la souscription de chaque membre au capital-actions ordinaire de la Banque et des 50 pour cent de la quote-part de chaque membre au Fonds, conformément aux dispositions de l'Article II, et de l'Article IV, respectivement;
- (ii) les monnaies des pays membres achetées avec les ressources visées à l'alinéa précédent;
- (iii) les monnaies obtenues par voie d'emprunts pour être incorporées aux ressources de capital de la Banque, en vertu de l'Article VII, Section 1 (i);
- (iv) l'or et les dollars reçus par la Banque en amortissement du principal et en paiement des intérêts et des autres charges provenant des prêts accordés sur les fonds en or et en dollars visés à l'alinéa (i) du présent paragraphe; les monnaies reçues en paiement du principal, des intérêts et des autres charges provenant des prêts accordés dans les monnaies visées aux alinéas (ii) et (iii) du présent paragraphe; et les monnaies reçues en paiement des commissions et des redevances relatives aux garanties octroyées par la Banque;
- (v) les monnaies, autres que la monnaie nationale du pays membre, reçues de la Banque conformément à l'Article VII, Section 4 (d), et à l'Article IV, Section 10, provenant de la distribution des bénéfices nets.

- (c) La monnaie d'un pays membre détenue par la Banque, que ce

Empfänger der Bank ohne Beschränkung durch das Mitglied zur Bezahlung von Waren und Dienstleistungen, die im Hoheitsgebiet des betreffenden Mitglieds erzeugt oder erbracht werden, verwendet werden.

- b) Die Mitglieder dürfen keinerlei Beschränkungen beibehalten oder einführen, welche die Bank oder einen Empfänger der Bank daran hindern, für Zahlungen in einem Staat folgende Mittel zu verwenden:

- i) Gold und Dollarbeträge, die der Bank nach Artikel II bzw. Artikel IV als der 50prozentige Teil der Zeichnung eines jeden Mitglieds auf Anteile des ordentlichen Kapitals der Bank und als der 50prozentige Teil der Beitragsquote eines jeden Mitglieds zum Fonds gezahlt werden;
- ii) Währungen von Mitgliedern, die mit den unter Ziffer i bezeichneten Beständen erworben wurden;
- iii) Währungen, die durch Kreditaufnahmen nach Artikel VII Abschnitt 1 Ziffer i zwecks Auffüllung der Kapitalbestände der Bank erworben wurden;
- iv) Gold und Dollarbeträge, welche die Bank durch Kapitalrückzahlung oder durch Zahlung von Zinsen und sonstigen Spesen für Darlehen, die mit den unter Ziffer i bezeichneten Gold- und Dollarmitteln gewährt wurden, erhalten hat; Währungen, die durch Kapitalrückzahlung oder durch Zahlung von Zinsen und sonstigen Spesen für Darlehen, die mit den unter den Ziffern ii und iii bezeichneten Währungen gewährt wurden, eingegangen sind, und Währungen, die durch Zahlung von Provisionen und Gebühren für alle von der Bank gegebenen Garantien eingegangen sind, sowie
- v) Währungen, mit Ausnahme der Landeswährung des Mitglieds, welche die Bank bei der Ausschüttung der Reingewinne nach Artikel VII Abschnitt 4 Buchstabe d und Artikel IV Abschnitt 10 ausgezahlt hat.

- c) Die Währung eines Mitglieds, welche die Bank entweder in ihren

tal resources or in the resources of the Fund, not covered by paragraph (b) of this section, also may be used by the Bank or any recipient from the Bank for payments in any country without restriction of any kind, unless the member notifies the Bank of its desire that such currency or a portion thereof be restricted to the uses specified in paragraph (a) of this section."

soit comme partie de ses ressources ordinaires de capital ou comme partie des ressources du Fonds, qui n'entre pas dans l'une des catégories visées au paragraphe (b) de la présente section, pourra être également utilisée par la Banque ou par tout détenteur qui l'aura reçue de la Banque pour effectuer des paiements dans n'importe quel pays sans restrictions d'aucune sorte, à moins que le pays membre ne notifie à la Banque son désir que l'utilisation de sa monnaie ou d'une partie de celle-ci soit limitée aux fins spécifiées au paragraphe (a) de la présente section».

ordentlichen Kapitalbeständen oder in den Beständen des Fonds besitzt und die nicht unter Buchstabe b fällt, kann ebenfalls von der Bank oder einem Empfänger der Bank ohne jede Beschränkung für Zahlungen in jedem Staat verwendet werden, sofern das betreffende Mitglied nicht der Bank seinen Wunsch notifiziert, diese Währung ganz oder teilweise auf die unter Buchstabe a bezeichneten Verwendungszwecke zu beschränken."

- | | | |
|--|---|---|
| <p>13. Article V, Section 1 (d), shall be amended by deleting the words "or inter-regional".</p> | <p>13. L'Article V, Section 1 (d), sera modifiée en y supprimant les mots «ou interrégionales».</p> | <p>13. Artikel V Abschnitt 1 Buchstabe d wird durch Streichung der Worte „oder interregionalen“ geändert.</p> |
| <p>14. Article V, Section 1 (e), shall be amended by deleting the phrase „, in its inter-regional capital resources,“.</p> | <p>14. L'Article V, Section 1 (e), sera modifiée en y supprimant la partie de phrase «comme partie de ses ressources interrégionales de capital».</p> | <p>14. Artikel V Abschnitt 1 Buchstabe e wird durch Streichung der Worte „, in ihren interregionalen Kapitalbeständen“ geändert.</p> |
| <p>15. Article V, Section 3, shall be amended by deleting the phrase „, in its inter-regional capital resources,“ in Section 3 (a) and (b).</p> | <p>15. L'Article V, Section 3, sera modifiée en y supprimant les parties de phrase «soit au titre des ressources interrégionales de capital,» et «au titre de ses ressources interrégionales de capital» à la Section 3 (a) et à la Section 3 (b) respectivement.</p> | <p>15. Artikel V Abschnitt 3 Buchstaben a und b wird durch Streichung der Worte „, ihren interregionalen Kapitalbeständen“ geändert.</p> |
| <p>16. Article V, Section 4, shall be amended by deleting the phrase "to the inter-regional capital", in the last sentence.</p> | <p>16. L'Article V, Section 4, sera modifiée en y supprimant les mots «au capital inter-régional» dans la dernière phrase.</p> | <p>16. Artikel V Abschnitt 4 wird durch Streichung der Worte „auf das interregionale Kapital“ im letzten Satz geändert.</p> |
| <p>17. Article VI, Section 3 (b), shall be amended by deleting the phrase „, of the inter-regional capital resources,“.</p> | <p>17. L'Article VI, Section 3 (b), sera modifiée en y supprimant la partie de phrase „, des ressources interrégionales de capital».</p> | <p>17. Artikel VI Abschnitt 3 Buchstabe b wird durch Streichung der Worte „, der interregionalen Kapitalbestände“ geändert.</p> |
| <p>18. Article VII, Section 1 (i), shall be amended by deleting the phrase "or inter-regional capital resources", in the second sentence.</p> | <p>18. L'Article VII, Section 1 (i), sera modifiée en y supprimant la partie de phrase «ou aux ressources interrégionales de capital» dans la seconde phrase.</p> | <p>18. Artikel VII Abschnitt 1 Ziffer i wird durch Streichung der Worte „oder ihrer interregionalen Kapitalbestände“ im zweiten Satz geändert.</p> |
| <p>19. Article VII, Section 3, shall be amended as follows:</p> <p>(1) In Section 3 (a) the phrase "or its inter-regional capital resources" shall be deleted.</p> <p>(2) In Section 3 (b) the reference to "Article III, Section 4 (ii) and (v)" shall be changed to "Article III, Section 4 (ii) and (iii)".</p> <p>(3) Section 3 (d), (e) and (f) shall be deleted.</p> | <p>19. L'Article VII, Section 3, sera modifiée comme suit:</p> <p>(1) A la Section 3 (a), la partie de phrase «ou les ressources interrégionales de capital» sera supprimée;</p> <p>(2) A la Section 3 (b), il sera fait mention de «l'Article III, Section 4 (ii) et (iii)» et non plus de «l'article III, Section 4 (ii) et (v)»;</p> <p>(3) La Section 3 (d), (e) et (f) sera supprimée.</p> | <p>19. Artikel VII Abschnitt 3 wird wie folgt geändert:</p> <p>(1) In Abschnitt 3 Buchstabe a werden die Worte „oder ihrer interregionalen Kapitalbestände“ gestrichen.</p> <p>(2) In Abschnitt 3 Buchstabe b wird die Bezugnahme auf „Artikel III Abschnitt 4 Ziffern ii und v“ in „Artikel III Abschnitt 4 Ziffern ii und iii“ geändert.</p> <p>(3) In Abschnitt 3 werden die Buchstaben d, e und f gestrichen.</p> |
| <p>20. Article VII, Section 4, shall be amended as follows:</p> <p>(1) In Section 4 (a) the phrase "and of the inter-regional capital resources" shall be deleted.</p> | <p>20. L'Article VII, Section 4, sera modifiée comme suit:</p> <p>(1) A la Section 4 (a), la partie de phrase «et des ressources interrégionales de capital» sera supprimée;</p> | <p>20. Artikel VII Abschnitt 4 wird wie folgt geändert:</p> <p>(1) In Abschnitt 4 Buchstabe a werden die Worte „und den interregionalen Kapitalbeständen“ gestrichen.</p> |

(2) In Section 4 (b) the phrase "or of the inter-regional capital resources" shall be deleted.

(3) In Section 4 (c) the phrase "and from the inter-regional capital resources in proportion to the number of inter-regional capital shares held by each member" shall be deleted and the final word "proportions" shall be changed to "proportion".

(2) A la Section 4 (b), la partie de phrase «ou des ressources interrégionales de capital» sera supprimée.

(3) A la Section 4 (c), la partie de phrase «ainsi que sur les ressources interrégionales de capital proportionnellement au nombre des actions du capital interrégional détenues par chaque membre» sera supprimée et les trois derniers mots «les proportions susmentionnées» deviendront «la proportion susmentionnée».

(2) In Abschnitt 4 Buchstabe b werden die Worte „oder aus den interregionalen Kapitalbeständen“ gestrichen.

(3) In Abschnitt 4 Buchstabe c werden die Worte „sowie aus den interregionalen Kapitalbeständen im Verhältnis der Anzahl der im Besitz jedes Mitglieds befindlichen Anteile am interregionalen Kapital“ gestrichen.

21. Article VIII, Section 2 (b) (ii), shall read:

“(ii) increase or decrease the authorized ordinary capital stock of the Bank and the contributions to the Fund;”.

21. L'Article VIII, Section 2 (b) (ii), se lira:

“(ii) augmenter ou réduire le capital ordinaire autorisé de la Banque et les contributions au Fonds;”

21. Artikel VIII Abschnitt 2 Buchstabe b Ziffer ii erhält folgende Fassung:

„ii) das genehmigte ordentliche Stammkapital der Bank sowie die Beiträge zum Fonds zu erhöhen oder herabzusetzen;”

22. Article VIII, Section 2 (b) (viii), (ix) and (x), shall read:

“(viii) approved, after reviewing the auditors' report, the general balance sheet and the statement of profit and loss of the institution;

(ix) determine the reserves and the distribution of the net profits of the ordinary capital resources and of the Fund;

(x) select outside auditors to certify to the general balance sheet and the statement of profit and loss of the institution;”.

22. L'Article VIII, Section 2 (b) (viii), (ix) et (x), se lira:

“(viii) approuver, après avoir pris connaissance du rapport de vérification des comptes, le bilan général et l'état des pertes et profits de l'institution;

(ix) déterminer les réserves et fixer la répartition des bénéfices nets des ressources ordinaires de capital et du Fonds;

(x) engager par contrat les services d'experts comptables étrangers à l'institution pour vérifier et certifier le bilan général ainsi que les états de pertes et profits de l'institution;”

22. Artikel VIII Abschnitt 2 Buchstabe b Ziffer viii, ix und x erhält folgende Fassung:

„viii) nach einer Überprüfung des Berichts der Rechnungsprüfer die allgemeine Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung der Institution zu genehmigen;

ix) über die Reserven und die Ausschüttung der Reingewinne der ordentlichen Kapitalbestände und des Fonds zu befinden;

x) externe Rechnungsprüfer zur Bestätigung der allgemeinen Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung der Institution auszuwählen;”

23. Article VIII, Section 4 (a), shall be amended by deleting the phrase “and for each share of inter-regional capital stock” and the words “or inter-regional”.

23. L'Article VIII, Section 4 (a), sera modifiée en y supprimant la partie de phrase «et pour chaque action qu'il possède dans le capital interrégional» et les mots «ou interrégional».

23. Artikel VIII Abschnitt 4 Buchstabe a wird durch Streichung der Worte „und am interregionalen Stammkapital“ sowie der Worte „oder des interregionalen Stammkapitals“ geändert.

24. Article VIII, Section 4 (b), shall be amended by deleting the word “either” and the phrase “or the inter-regional capital stock”.

24. L'Article VIII, Section 4 (b), sera modifiée en y supprimant le mot «soit» et la partie de phrase «soit au capital inter-régional».

24. Artikel VIII Abschnitt 4 Buchstabe b wird durch Streichung des Wortes „entweder“ und der Worte „oder auf das interregionale Stammkapital“ geändert.

25. Article VIII, Section 6 (a), shall read:

“(a) The Bank shall publish an annual report containing an audited statement of the accounts. It shall also transmit quarterly to the members a summary statement of the financial position and a profit-and-loss statement showing the results of its ordinary operations.”

25. L'Article VIII, Section 6 (a), se lira:

“(a) La Banque publiera un rapport annuel contenant un état de comptes dûment vérifié et certifié par des commissaires aux comptes. Elle distribuera également tous les trois mois aux pays membres un résumé de sa situation financière et un état des pertes et profits faisant ressortir les résultats des opérations ordinaires pour la période en question.”

25. Artikel VIII Abschnitt 6 Buchstabe a erhält folgende Fassung:

„a) Die Bank veröffentlicht einen Jahresbericht, der eine geprüfte Rechnungsaufstellung enthält. Sie legt ferner vierteljährlich den Mitgliedern eine zusammenfassende Darstellung ihrer finanziellen Lage sowie eine Gewinn- und Verlustrechnung vor, in der die Ergebnisse ihrer ordentlichen Geschäfte ausgewiesen werden.”

- | | | |
|---|--|---|
| <p>26. Article IX, Section 3 (d) (ii) and (iii), shall be amended by deleting the phrase", or Article II A, Section 3 (c)", in the last sentence of each subparagraph.</p> | <p>26. L'Article IX, Section 3 (d) (ii) et (iii), sera modifiée en y supprimant la partie de phrase « , ou de l'Article II A, Section 3 (c) » à la dernière phrase de chaque alinéa.</p> | <p>26. Artikel IX Abschnitt 3 Buchstabe d Ziffern ii und iii werden durch Streichung der Worte „oder nach Artikel II A Abschnitt 3 Buchstabe c“ im letzten Satz der beiden Ziffern geändert.</p> |
| <p>27. Article X, Section 3 (b), first sentence, shall read:

"All creditors holding direct claims shall be paid out of the assets of the Bank and then out of payments to the Bank on unpaid or callable subscriptions."</p> | <p>27. L'Article X, Section 3 (b), première phrase, se lira:

«Tous les créanciers directs seront payés d'abord sur les actifs de la Banque et ensuite sur les fonds recouvrés au titre du capital-actions à verser effectivement mais non payé et sur les fonds recouvrés au titre du capital-actions sujet à l'appel».</p> | <p>27. Artikel X Abschnitt 3 Buchstabe b Satz 1 erhält folgende Fassung:

„Alle Gläubiger mit unmittelbaren Forderungen werden aus den Vermögenswerten der Bank und sodann aus Zahlungen an die Bank für uneingezahlte oder abrufbare Zeichnungen bezahlt.“</p> |
| <p>28. Article XII shall be amended by deleting paragraph (a) (ii) and redesignating paragraph (a) (i) as paragraph (a).</p> | <p>28. L'Article XII sera modifié en y supprimant le paragraphe (a) (ii) et en renommant le paragraphe (a) (i), paragraphe (a).</p> | <p>28. Artikel XII wird durch Streichung des Buchstabens a Ziffer ii und durch Umbenennung des Buchstabens a Ziffer i in Buchstabe a geändert.</p> |
| <p>29. Article XII, paragraph (b) (iii), shall be amended by deleting the phrase "Article II A, Section 2 (e)",.</p> | <p>29. L'Article XII, paragraphe (b) (iii), sera modifiée en y supprimant la partie de phrase « , à l'Article II A, Section 2 (e) »,.</p> | <p>29. Artikel XII Buchstabe b Ziffer iii wird durch Streichung der Worte „, nach Artikel II A Abschnitt 2 Buchstabe e“ geändert.</p> |

Section 3

Amendment of General Rules

Section 7 (a) of the General Rules Governing Admission of Nonregional Countries to Membership in the Bank shall be amended by deleting paragraph (ii) thereof and leaving the preceding paragraph unchanged except for the deletion of the designation "(i)" at the beginning thereof and the word "and" at the end thereof.

Section 4

Conversion of shares

Each share of authorized inter-regional capital stock, including each share already subscribed, shall be converted into, by virtue of the merger, without any action on behalf of any member which has subscribed to such share, one share of the authorized ordinary capital stock resulting from the merger.

Section 5

Successor capital

- All outstanding liabilities of the Bank assumed heretofore and designated as being payable from the ordinary or inter-regional capital resources shall be payable from the ordinary capital resources resulting from the merger. All amounts owing to the Bank and designated as being payable to the ordinary capital resources or to the inter-regional capital resources shall be payable to the ordinary capital resources resulting from the merger and shall be incorporated as a part thereof.

Section 3

Modification des Normes générales

La Section 7 (a) des Normes générales régissant l'admission de pays extra-régionaux comme membres de la Banque sera modifiée en y supprimant le paragraphe (ii), le paragraphe précédent restant inchangé à l'exception de la suppression de la désignation "(i)" au début de ce paragraphe et du mot «et» à la fin de celui-ci.

Section 4

Conversion des actions

Chaque action du capital-actions interrégional autorisé, y compris chaque action déjà souscrite, sera convertie, au titre de la fusion, sans l'intervention de la part des membres qui y ont souscrit, en une action du capital-actions ordinaire autorisé résultant de la fusion.

Section 5

Capital résultant de la fusion

- Toutes les obligations en cours de la Banque jusqu'ici payables sur le capital ordinaire ou le capital interrégional seront payables sur le capital ordinaire résultant de la fusion. Tous les montants dus à la Banque et payables au capital ordinaire ou au capital interrégional seront payables au capital ordinaire résultant de la fusion et ils en deviendront partie intégrante.

Abschnitt 3

Änderung der Allgemeinen Vorschriften

Abschnitt 7 Buchstabe a der Allgemeinen Vorschriften für die Aufnahme nichtregionaler Staaten als Mitglieder der Bank wird durch Streichung der Ziffer ii und durch Beibehaltung der vorhergehenden Ziffer geändert, in der lediglich die Bezeichnung „i)“ am Anfang gestrichen und das Wort „und“ am Ende durch einen Punkt ersetzt wird.

Abschnitt 4

Umwandlung von Anteilen

Jeder Anteil am genehmigten interregionalen Stammkapital einschließlich jedes bereits gezeichneten Anteils wird aufgrund der Verschmelzung für ein Mitglied, das einen solchen Anteil gezeichnet hat, ohne weitere Maßnahme in einen Anteil des sich aus der Verschmelzung ergebenden genehmigten ordentlichen Stammkapitals umgewandelt.

Abschnitt 5

Nachfolgekapital

- Alle vor dieser Verschmelzung eingegangenen ausstehenden Verbindlichkeiten der Bank, die als aus den ordentlichen oder den interregionalen Kapitalbeständen zahlbar bezeichnet worden sind, sind aus den sich aus der Verschmelzung ergebenden ordentlichen Kapitalbeständen zu zahlen. Alle der Bank geschuldeten Beträge, die als in die ordentlichen Kapitalbestände oder in die interregionalen Kapitalbestände einzahlbar bezeichnet worden sind, sind in die sich aus der Verschmelzung ergebenden ordentlichen Kapitalbestände einzuzahlen und werden als Teil dieser Bestände aufgenommen.

2. All references in Bank documents, including regulations, contracts and agreements, to the inter-regional capital shall, unless the context otherwise requires, be to the ordinary capital resources resulting from the merger.

2. Chaque fois qu'il est fait mention dans les documents de la Banque, y compris les règles et règlements, les contrats et les accords, du capital interrégional, il sera automatiquement fait mention du capital ordinaire résultant de la fusion à moins que le contexte ne l'exige autrement.

2. Alle Bezugnahmen in Bankunterlagen, einschließlich Vorschriften, Verträgen und Vereinbarungen, auf das interregionale Kapital sind Bezugnahmen auf die sich aus der Verschmelzung ergebenden ordentlichen Kapitalbestände, sofern nicht der Zusammenhang etwas anderes erfordert.

Section 6 Entry into force

This resolution and all the provisions thereof, including the foregoing amendments to the Agreement and the General Rules, shall enter into force on the date on which the official communication referred to in Article XII (c) of the Agreement Establishing the Bank has been addressed to members certifying:

(a) that this resolution containing the amendments to the Agreement and the General Rules has been adopted by the requisite majorities specified in Article II, Section 1 (b) and Article XII (a) (i) of the Agreement and Section 7 (a) (i) of the General Rules; and

(b) that the Bank has discharged its liabilities on all its ordinary capital borrowings which were outstanding at December 31, 1974.

Section 6 Entrée en vigueur

La présente résolution et toutes les dispositions y relatives, y compris les modifications apportées à l'Accord constitutif et aux Normes Générales, entreront en vigueur à la date à laquelle l'avis officiel visé à l'Article XII (c) de l'Accord constitutif de la Banque aura été envoyé aux membres, certifiant:

(a) que la présente résolution contenant les modifications à l'Accord et aux Normes Générales a été adoptée aux majorités spécifiées à l'Article II, Section 1 (b) et à l'Article XII (a) (i) de l'Accord et à la Section 7 (a) (i) des Normes Générales; et

(b) que la Banque s'est libérée de ses obligations au titre de tous les fonds qu'elle a empruntés pour être incorporés au capital ordinaire et qui n'étaient pas remboursés au 31 décembre 1974.

Abschnitt 6 Inkrafttreten

Diese EntschlieÙung und alle ihre Bestimmungen einschließlich der vorstehenden Änderungen des Übereinkommens und der Allgemeinen Vorschriften treten an dem Tag in Kraft, an dem an die Mitglieder die in Artikel XII Buchstabe c des Übereinkommens zur Errichtung der Bank genannte amtliche Mitteilung gerichtet worden ist, in der bestätigt wird,

a) daß diese EntschlieÙung mit den Änderungen des Übereinkommens und der Allgemeinen Regeln von den in Artikel II Abschnitt 1 Buchstabe b und Artikel XII Buchstabe a Ziffer i des Übereinkommens sowie in Abschnitt 7 Buchstabe a Ziffer i der Allgemeinen Regeln angegebenen erforderlichen Mehrheiten angenommen worden ist und

b) daß die Bank ihre Verbindlichkeiten aus allen Kreditaufnahmen ihres ordentlichen Kapitals, die am 31. Dezember 1974 ausstanden, erfüllt hat.

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Errichtung der Weltorganisation für geistiges Eigentum

Vom 16. Mai 1988

Das Übereinkommen vom 14. Juli 1967 zur Errichtung der Weltorganisation für geistiges Eigentum (BGBl. 1970 II S. 293, 295; 1984 II S. 799; 1985 II S. 975) wird nach seinem Artikel 15 Abs. 2 für

Ecuador	am 22. Mai 1988
Guinea-Bissau	am 28. Juni 1988

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 20. Mai 1987 (BGBl. II S. 305).

Bonn, den 16. Mai 1988

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterheld

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze, Verordnungen und sonstige Veröffentlichungen von wesentlicher Bedeutung.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt, Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (02 28) 3 82 08 - 0.

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 62,80 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,97 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1987 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509, BLZ 370 100 50, oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 4,84 DM (3,94 DM zuzüglich 0,90 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 5,64 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück · Z 1998 A · Gebühr bezahlt

Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-dänischen Abkommens über die Wehrpflicht deutsch-dänischer Doppelstaater

Vom 25. Mai 1988

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 8. Februar 1988 zu dem Abkommen vom 10. Oktober 1985 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark über die Wehrpflicht deutsch-dänischer Doppelstaater (BGBl. 1988 II S. 142) wird bekanntgemacht, daß das Abkommen nach seinem Artikel 5 Abs. 2

am 5. Juni 1988

in Kraft treten wird.

Die Ratifikationsurkunden sind am 5. Mai 1988 in Bonn ausgetauscht worden.

Bonn, den 25. Mai 1988

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterhelt